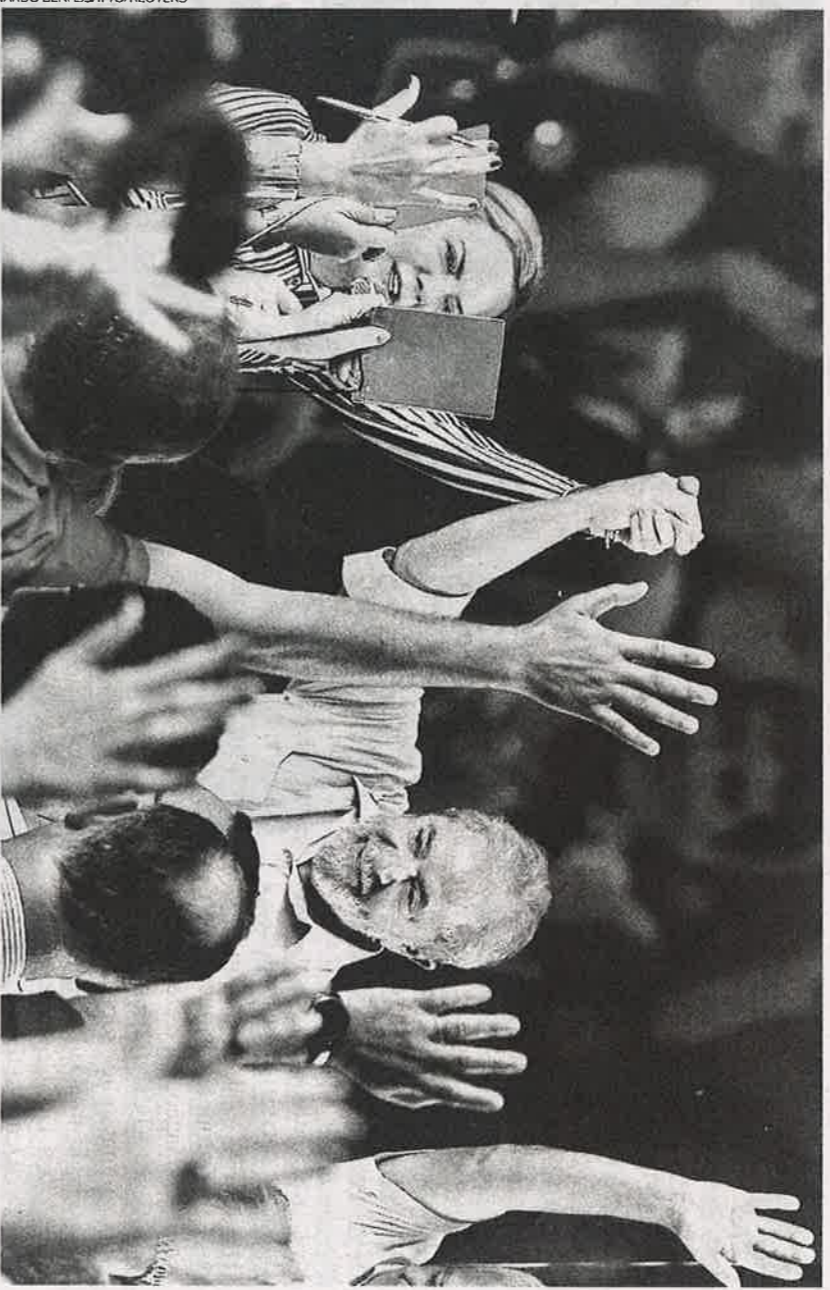


Der Plan heißt Lula

Arbeiterpartei in Brasilien hält an ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Herbst fest. Weitere Attacken der Justiz stehen bevor. **Von Peter Steiniger**



LEONARDO BENASSATTO/REUTERS

Rote Karte für politische Verfolger: Der Kandidat der Arbeiterpartei, Lula da Silva, mit Parteichefin Gleisi Hoffmann auf einem Meeting am Sitz der Gewerkschaftszentrale CUT in São Paulo am 25.1.2018

Wie ein sieben zu eins gegen Porto Alegre: Der Ausgang des Berufungsverfahrens vor dem dortigen Bundessgericht am 24. Januar hat der Popularität des früheren brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei (PT) keinerlei Abbruch getan. Nach seriosen Umfragen in den vergangenen Tagen würden 34 bis 37 Prozent bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen für Lula stimmen. Damit ist er weiter mit großem Abstand Favorit. Auf Platz zwei folgt demnach mit 16 bis 20 Prozent der ultrarechte Abgeordnete Jair Bolsonaro, der den Antipolitiker mimt und sich als eine brasilianische Ausgabe von Donald Trump verkauft. Das traditionelle konservative Lager verfügt über keinen einzigen potentiellen Bewerber mit Zugkraft. Michel Temer, der seit 2016 für die reichen Eliten die Geschäfte im Palácio do Planalto besorgt, muss sich mit einem kläglichen Prozent begnügen. Den Rest seiner Legislatur möchte er nun stärker an seinem Image arbeiten, erklärte er jüngst. Für Nachruhm dürfte der Weg zu weit sein. Temers politische Agenda des Ausverkaufs von Firmen und Ressourcen und der Anschläge auf die sozialen Rechte ist in der Bevölkerung nicht zustimmungsfähig. Seit er ans Ruder gelangte, ging mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren. Immer mehr Menschen rutschen in Jobs im informellen Sektor ab. Immerhin kann sich Temer wie etliche weitere führende Rechtspolitiker, die in milliardenstärker Skandale verwickelt sind, trotz erdrückender Beweise einer vom Kongress behüteten Immunität und damit der Straflosigkeit erfreuen.

Die drei Richter der zuständigen Kammer hatten ein Urteil gegen Lula wegen Geldwäsche und Korruption mit Elogien auf die erste Instanz – Sérgio Moro aus Curitiba war dabei Ermittler und Urteilsfinder in Personalunion – im Eiltempo bestätigt und das Strafmaß von neunemhalb Jahren noch herauf-

gesetzt. Genau zwölf Jahre und einen Monat Gefängnis dachten sie ganz unabhängig voneinander dem 72-jährigen Politiker zu. Der Entzug der Wahlbarkeit scheint nur noch eine Formalität zu sein. Der Fall verschärft die Polarisierung der Gesellschaft. Nicht nur namhafte Juristen aus aller Welt sehen darin einen Skandal und eine politische Inszenierung, um Lulas erneute Kandidatur für das höchste Staatsamt auf niederträchtige Weise unmöglich zu machen. Trotz der Medienkampagne, die ihn dämonisiert, haben mehr Brasilianer Vertrauen in Lula als in die Justiz ihres Landes, die eine elitäre Kaste bildet. Angedichtet wird ihm eine Luxusimmobilie, die nie in sein Eigentum gelangte, aber als Gegenleistung für nicht konkret benannte Entscheidungen als Regierungschef zugunsten des Bankkonzerns OAS für ihn »vorgewhalten« worden sein soll. Da im gegen-

Lula praktizierten Feindstrafrecht Beweise nebensächlich sind, haben seine Verteidiger einen schweren Stand. Die Anwälte rufen nun den Obersten Gerichtshof an und brachten in der vergangenen Woche eine neue Petition beim UN-Menschenrechtsausschuss ein, da grundlegende Rechte des Angeklagten verletzt worden seien. Damit soll der internationale Druck auf die eigene Justiz erhöht werden.

Lula selbst erklärte am Sonntagabend während einer Gedenkveranstaltung für seine vor einem Jahr verstorbene Frau und PT-Mitbegründerin Marisa Letícia, dass er dem Vorgehen der Justiz »mit Ruhe« entgegensehe. In seinem Alter mache ihm das keine Angst mehr. Das Urteil gegen ihn basiere auf einer Lüge. »Ich werde siegen. Es ist nur eine Frage der Zeit.« Viele hohe Richter würden jedoch »wie Parafittler« agieren. Die Verfolgung richte sich gegen die PT, die

sozialen Bewegungen und die Linke. Der nächste Prozess gegen einen Kopf der größten linken Partei des Landes kündigt sich bereits an. Das Oberste Gericht greift wie gewohnt selektiv ins Wahljahr ein. In das Visier geraten soll die Präsidentin der PT, Gleisi Hoffmann. Es geht dabei um angebliche illegale Wahlkampfgelder. Die Anklage beruht ausschließlich auf den Aussagen eines Managers des Petrobras-Konzerns, der diese für seinen diskreten Deal mit der Justiz lieferte.

Gegen einen Ausschluss Lulas von der Wahl soll konsequent weiter Widerstand geleistet werden. Die PT kann in diesem Punkt auf die Solidarität der anderen Linkskräfte zählen. Einien »Plan B« will die Partei nicht verfolgen, sondern ihren Kandidaten so bald wie möglich auch formal bestätigen, um ein klares Zeichen zu setzen.

Allegorie auf den Neoliberalismus ■ Kolumne von Mumia Abu-Jamal

Die Schriftstellerin Ursula K. Le Guin wurde am 21. Oktober 1929 in Berkeley, Kalifornien, geboren. Sie war die Tochter der Schriftstellerin und Anthropologin Theodora Kroeber, die sich als Autorin von »Ishti in Two Worlds«, einer Biographie über den letzten Yahi-Indianer in Nordkalifornien, einen Namen gemacht hatte. Der Geburtsname von Le Guins Mutter war Kracaw. Ihre Vorfahren waren im 19. Jahrhundert aus dem polnischen Kraków in die USA eingewandert. Die ebenfalls zugewanderten Großeltern ihres Vaters, des Professors für Anthropologie Alfred Louis Kroeber, stammten ursprünglich aus dem Ort Kröbern in Thüringen.

Bekannt wurde Le Guin durch ihre Romane, von denen die meisten



Kampffieber des Militarismus. So etwa ihr 1972 in den USA veröffentlichter Roman »The Word for World is Forest« (dt. »Das Wort für Welt ist Wald«, 1975), ein allegorisches Werk,

Ein weiteres Werk aus dem Jahr 1971 war der Roman »The Lathe of Heaven« (dt. »Die Geißel des Himmels«, 1974). Ein kurzer Auszug spiegelt den Geist wieder, aus dem Le Guin dieses Buch schrieb: »Er war in einem Land aufgewachsen, das von Politikern regiert wurde, die ihre Piloten aussandten, Bomben auf Babys zu werfen und sie zu töten, um die Welt sicherer zu machen für Kinder, die künftig dort aufwachsen würden.«

Le Guin schrieb ihre Bücher jedoch nicht nur für die Leser von Science Fiction. Auf dem eher seltener beachteten Gebiet der Philosophie warf sie mit ihrer Arbeit Fragen nach der wirklichen Natur der neoliberalen Gesellschaft auf. Die 1973 erschienene

vermittelt gerade dieses exemplarische Leiden des Kindes, von dem alle wissen, den Einwohnern von Omelas das Gefühl gesellschaftlichen Wohlergehens.

Unter der Überschrift »The Child in the Broom Closet« (»Das Kind in der Besenammer«) eröffnet die Philosophin Elizabeth Povinelli mit dieser grauenhaften Vision Le Guins die Einleitung ihres eigenes Buches »Economies of Abandonment« (dt. »Ökonomien der Verlassenheit«). Povinelli nutzt Le Guins Kurzgeschichte als Allegorie auf den modernen westlichen Neoliberalismus, der sich auf der unsichtbaren Gewalt des Kapitalismus und seinem ungeheuren Appetit gründet.

Für ihr umfangreiches Werk auf dem Gebiet der Science Fiction wurde Ursula



ochen lang: atis seni!

ellen! die Tageszeitung drei Wochen

as Kleingedruckte: Unverhindert! matsch! abbestellt werden! n/W-Kennernlernen!

nt ab dem nächstmöglichen tag, den 2018